

Hochheimer Stadtanzeiger

Ämliches Organ der Stadt Hochheim a. M.

Bezugspreis: monatlich 175 A einschließlich
Frachtkosten. Wogen Postbezugs näheres
bei jedem Postamt.

Erscheint auch unter dem Titel: **Krautwurz Anzeiger**, Kreisblatt für den Landkreis Wiesbaden.

Erscheint 3 mal wöchentlich: Dienstags, Donnerstags, Samstags.

Redaktion und Expedition: **Biebrich a. Rh., Rathausstraße 16.** Telefon 41.

Anzeigenpreis: für die 8 Spalten
Colonelzeile oder deren Raum 50 A.
Reklamazeile 100 A.

Rotations-Druck und Verlag: **Guido Seidler** vorm. Hofmann'sche Buchdruckerei, Biebrich. — Redakteur: **Paul Jorisch** in Biebrich a. Rh. — Filialexpedition in Hochheim: **Jean Lauer**.

Nr. 51

Donnerstag, den 29. April 1920.

Postamt
Grantsfurt (Main) Nr. 10114.

20. Jahrgang.

Ämliches Teil.

Nr. 158.
Hochheim'sche landwirtschaftliche Berufsgenossenschaft Sektion Wiesbaden-Land.

An die Magistrats- und Gemeindevorstände!
Die in diesem Jahre in den einzelnen Gemeinden angeordneten bezug. bis einschließlich der ersten Oktoberwoche zur Anmeldung kommenden oder sonst bekannt gemachten Veränderungen in der Größe der landwirtschaftlichen Betriebe, Neueröffnungen und Betriebsveränderungen, sind in das vorgeschriebene Formular, das von hier aus bezogen werden kann, einzutragen. Das ausgefüllte Formular ist bis spätestens zum 15. Oktober d. J. einzuliefern. Spätere Eingänge werden nicht berücksichtigt. Die Formulare sind gegen Entgelt zu beziehen.

Veränderungsanfragen, die nach dem 15. Oktober hier eingebracht werden, können nicht mehr für das laufende Jahr berücksichtigt werden.

Deshalb wird dringend ersucht, diesen Termin schärfstens einzuhalten, da eine Erinnerung zur Einhaltung nicht erfolgt.

Eine Neuauflage des Unternehmerverzeichnis erfolgt einmündig nicht. Daher ist das derzeitige Verzeichnis auf Grund des diesjährigen Schreibens vom 27. Mai 1919 Nr. 750, betreffend Neuauflage des Unternehmerverzeichnis, einer eingehenden Nachprüfung zu unterziehen.

Wiesbaden, den 20. April 1920.
Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes.
H. W. Dr. Müller.

Nr. 159.
An die Magistrats- und Gemeindevorstände!

Die Magistrats- und Gemeindevorstände ersucht ich im Hinblick auf das überlieferte Anzeigensystem, die Erhebung der Beiträge zu den Ausgaben der landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft für das Jahr 1919, sowie der Beiträge zur Haftpflichtversicherung für das Jahr 1920, die Beiträge so bald als möglich, spätestens bis zum 10. Mai 1920, unter genauer Beachtung der in dem Anzeigensystem enthaltenen Bestimmungen einzutragen und auf das Konto der Kreisgenossenschaft in Wiesbaden bei der Reichsbank einzuliefern. Die Beiträge sind in der Höhe der Beiträge der Vorjahre zu zahlen. Auf der letzten Seite der Heftchen ist die Bezeichnung auf die spezifische Auslegung auszufüllen und das Siegel zu setzen.

Die Heftchenverteilung steht der Gemeindegasse zu. Zur Vereinfachung dieser Vergütung in der Gemeindegasse ist daher dem Gemeindevorstand alsbald eine Einnahme-Anweisung zu erteilen. Die Einnahmewahlstellung ist auf die Rückseite des Anzeigensystems zu setzen.

Wiesbaden, den 15. April 1920.
Der Vorsitzende des Sektionsvorstandes.
H. W. Dr. Müller.

Nr. 160.
Für das neue Säuglingsheim des Landkreises Wiesbaden sind bis jetzt folgende Spenden eingegangen:

1. Chem. Fabrik Dr. H. Kordinger, Hirsheim, 1000 A
2. Herr Fabrikant Fritz Kordinger, Hirsheim, 500 A
3. Herr Fabrikant Otto Kordinger, Hirsheim, 200 A
4. Herr Herm. Krahmer, Hirsheim, 100 A
5. Herr Peter Hahn, Drieden, 50 A
6. Sammlungen durch Herrn Hauptlehrer Wegler, Wabau, 75 A
7. Herr Lehrer Josef Kremer, Wabau, 30 A
8. Herr Lehrer Bender, Sonnenberg, 5 A
9. Herr Lehrer H. Stahl, Wabau, 20 A
10. Herr Max Reimer, Hirsheim, 30 A

Wiesbaden, den 21. April 1920.
Der Vorstand.
H. W. Dr. Müller.

Nr. 161.
Benennung.

An die Jm'er!
Seitens der Staatserkennung sind nunmehr den Jm'ern, die sich auf Grund der früheren Benennung in die Ortsliste eingetragen haben, für jedes überlieferte Benennungsblatt ein Betrag von 1 Mark für jeden zu leistenden Betrag zur Verfügung gestellt worden. Eine größere Menge liegt bei der großen Jm'er-Insammler nicht vor.

Die Jm'erbeiträge zu einer Jm'ernorganisation ist auf die Jm'erbeteiligung ohne Einfluss.

Der Jm'er wird unterstellt und zu dem für Jm'erbeiträge geltenden Betrag abgegeben.

Die Jm'erbeiträge sind in den Jm'erbeiträgen und Jm'erbeiträgen eine Gebühr bis zu 1 Mark für jeden zu leistenden Betrag zur Verfügung gestellt worden. Eine größere Menge liegt bei der großen Jm'er-Insammler nicht vor.

Die Jm'erbeiträge zu einer Jm'ernorganisation ist auf die Jm'erbeteiligung ohne Einfluss. Der Jm'er wird unterstellt und zu dem für Jm'erbeiträge geltenden Betrag abgegeben. Die Jm'erbeiträge sind in den Jm'erbeiträgen und Jm'erbeiträgen eine Gebühr bis zu 1 Mark für jeden zu leistenden Betrag zur Verfügung gestellt worden. Eine größere Menge liegt bei der großen Jm'er-Insammler nicht vor.

Wiesbaden, den 28. April 1920.
Der Vorstand.
H. W. Dr. Müller.

Verordnung
betreffend das Verbot des Abnehmens u. Verfüßerns von grünem Roggen oder grünem Weizen.

Auf Grund der Vorschriften in § 1 der Bundesratsverordnung vom 20. Mai 1915 und der Ausführungsverordnungen vom 23. Mai 1915 verbiete ich für den Landkreis Wiesbaden grünen Roggen oder grünen Weizen als Grünfütterung abzunehmen oder zu verfüßern.

Ausnahmen von diesem Verbot sind zulässig, jedoch müssen Anträge auf Abfuhrung dem Kreisrat eingereicht werden, der alsdann über die Zulässigkeit entscheidet. Die Unternehmer können die Anträge bei dem Magistrat oder Bürgermeister stellen, welche dieselben sofort an den Kreisrat weiter zu geben haben.

Zusammenfassungen werden nach § 3 der Verordnung vom 20. Mai 1915 mit einer Geldstrafe bis zu 1000 Mark bestraft.

Wiesbaden, den 23. April 1920.
Der Vorsitzende des Kreisratshauptes.
H. Kordinger. A. S. Schmitt.

Nr. 162.
Nichtämliches Teil.

Deutsche Nationalversammlung.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

schäftlichen Abteilung für Volksbildung an der Universität Frankfurt a. M. angenommen, ein Antrag Beyerle (Soz. Fr.) auf Bewilligung von drei Millionen zur Unterstützung des Verbandes der wissenschaftlichen Akademiker dagegen abgelehnt. Der Rest des Etats wird angenommen, ebenso der Bericht über die Sparprämienanleihe. Die Anträge Hentze, Hentze, Hentze, Hentze, Hentze werden abgelehnt, eine Entscheidung wegen Unterstützung der aus Elsas-Lothringen verdrängten Reichsdeutschen angenommen. Die dritte Lesung des Reichstages wird nach kurzen Ausführungen des Reichsfinanzministers und der Abg. Hentze und Leipzig (U. S.) angenommen gegen die Stimmen der Rechten und der Unabhängigen. Nächste Sitzung morgen 10 Uhr. Befolgungsgeheh.

Preussische Landesversammlung

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst abschließen. Wirtschaftsministerium und Finanzministerium müssen zusammen arbeiten.

Reichsminister für Ernährung Hermes: Das neue Ministerium hat die Aufgabe, neben der Verwaltung der vorhandenen Lebensmittel auf die Förderung der landwirtschaftlichen Produktion im Inlande hinzuwirken. Die Beschaffung von Lebensmitteln aus dem Ausland bildet einen Notbehelf, worauf wir aber noch angewiesen bleiben. Wir können hoffen, über die nächsten schweren Monate hinwegzukommen. Nur muß Getreide eingeführt werden, zumal im Juli die Kartoffelernte eingeht. Schwierig werden wird. Die Zuderzeugung ist auf einem erschreckenden Tiefstand angekommen. Die Aussichten für die nächste Ernte sind jedoch günstig. Die Zwangswirtschaft wird für die wichtigsten Lebensbedürfnisse noch unentbehrlich sein. Die berechtigten Forderungen der Landwirtschaft sollen jedoch nicht übersehen werden. Die Kriegsgesellschaft in meinem Ressort sollen schnellstens abgebaut werden. Besonders liegt es mir am Herzen, die Zusammenarbeiten mit den landwirtschaftlichen Genossenschaften der Länder. Eine vernünftige Produktionspolitik ist auch eine vernünftige Konsumtionspolitik. (Beifall.) Abg. Reil (Soz.): Die Rede des Ernährungsministers zeigt, wieviel Arbeit und harte Entschlossenheit. Das Programm des Reichsfinanzministers hat den Beifall meiner Freunde. In der weiteren Debatte habe ich den Reichsminister des Innern Koch auf Anregung des Grafen Helldorf, daß die von der „Deutschen Zeitung“ veröffentlichte Nachricht über einen neuen Kommu-

nistenpuls der Regierung bekannt sei. Die Regierung scheint aber übertrieben zu sein. — Die Beratungen werden hierauf abgebrochen. — Ein von allen Parteien eingebrachter Gesetzentwurf betr. Abänderung der Invalidenversicherung wird dem Sozialen Ausschuss überwiesen. — Fortsetzung der Beratung Dienstag.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichstages in Verbindung mit dem Entwurf eines Gesetzes über die Propaganda für die Sparprämienanleihe, dem Antrag Hentze betr. Bezahlung des Lohnes für die Tage des Generalfesttages, dem Antrag Hentze wegen Arbeitsruhe am 1. Mai, dem Antrag Hentze wegen Festsetzung des 1. Mai als gesetzlichen Feiertag und dem Antrag Hentze wegen Aufhebung des Ausnahmezustandes, sowie eines allgemeinen Kassensteuergesetzes.

Reichsfinanzminister Hentze: Dank gebührt meinem Vorgänger für die Aufzeichnung eines geschlossenen, festen Steuersystems und eines Steuerrechts. Nur die Besteuerung mußte noch zurückgestellt werden. Der Reichstag ist freilich schwer belastet, aber angesichts der Verarmung der Hälfte unseres Vermögens durch den Krieg muß die Opferpflicht der Beteiligten ausgesprochen werden. Der kleine Mittelstand wird nach Möglichkeit gelindert werden. Die Steuerreform ist weder mittelstandsfeindlich, noch bauernfeindlich. Wir müssen so viel probieren, wie wir brauchen und den Augen einschärfen. Wir können jetzt 20 Milliarden Einnahmen in den ordentlichen Etat mehr einbringen als im vorigen Jahre. Trotzdem müssen wir noch die Schuldenlast vermindern. Die Kommunalverwaltungen sind sehr bedeutenden Kosten ausgesetzt. Eine bedeutende Summe beansprucht die Abwicklung des alten Heeres, die aber zu Ende geführt werden muß. Post und Eisenbahn stehen vor weiteren Fehlbrüchen. Wenn wir nicht mit diesen Fehlbrüchen bald aufhören, so muß der Gedanke der Sozialisation geäußert werden. Die Finanzreform erstrebt eine Zurückführung des Kapitals auf ein gesundes Maß. Die Steuererlässe müssen und werden mit aller Energie durchgeführt werden. Eine große Anleihe im Inlande muß baldmöglichst aufgenommen werden. Der Markt muß wieder gehoben werden. Monopole können wir nur brauchen, soweit sie das Wirtschaftsleben nicht hemmen. Wir müssen die Inlandsproduktion, besonders für Lebensmittel, heben und die Nationalisierung baldmöglichst absch

